

seiner Hauptstadt ausdrücklich aufrechterhält und seine Besetzung durch ausländische Truppen auf 50 Jahre festlegt?

Im Gegensatz dazu fordert die Sowjetunion in ihrer Note über einen beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. März 1952: „Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat zu entwickeln“.

Während die westlichen Imperialisten sich mit der Notstandsklausel das Recht anmaßen, nach ihrem Belieben in Westdeutschland die demokratischen Grundrechte zu beseitigen und die Militärdiktatur zu errichten, fordert die Sowjetunion in ihrer Note, daß in ganz Deutschland allen demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet wird und das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten selbst zu entscheiden, sowie die Sicherung der Rede- und Pressefreiheit, der Koalitions- und Versammlungsfreiheit.

Während sich die Adenauer-Regierung in den Bonner und Pariser Kriegsverträgen verpflichtet, den Amerikanern deutsche Soldaten für ihre geplante Aggression gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik auszuliefern, verlangt die Sowjetunion für Deutschland das Recht, eigene nationale Streitkräfte aufzustellen, die für die Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind.

Während der Generalvertrag der Bevölkerung Westdeutschlands für den Unterhalt der Interventionstruppen und der geplanten deutschen Söldnertruppen eine finanzielle Belastung von jährlich 13 Milliarden D-Mark aufbürdet, während die amerikanischen Imperialisten die westdeutsche Wirtschaftskraft in den Dienst ihrer Aufrüstung stellen, die Friedensindustrie knebeln, den Außenhandel kommandieren und ihn von seinen natürlichen Handelspartnern abschnüren, fordert die Sowjetunion, daß Deutschland für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft und seines Außenhandels keinerlei Beschränkungen auferlegt werden und daß es freien Zutritt zu den Weltmärkten erhält.

Diese Gegenüberstellung zeigt zur Genüge, wer für die politische Selbstbestimmung der Nationen, eine Politik des Friedens eintritt und wer eine Politik der Vergewaltigung, Entrechtung und Unterdrückung der Nationen, eine Politik des Krieges betreibt. Die Außenpolitik der großen sozialistischen Sowjetunion, des ersten Staates der Arbeiter und Bauern, geht von den marxistisch-leninistischen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, ihrer Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus aus.

Das erkennen immer klarer die Kräfte der patriotischen Widerstandsbewegung in Westdeutschland, die immer breiter und geschlossener wird. 15 Millionen westdeutscher Bürger aus allen Schichten, Parteien und Organisationen, verschiedener weltanschaulicher oder religiöser Überzeugung haben sich in der Volksentscheidung gegen die volksfeindlichen Kriegsverträge, für einen Friedensvertrag und die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes entschieden. Der westdeutschen Bevölkerung wird immer klarer, daß die deutsche Nation wie jede andere das unveräußerliche Recht besitzt, über sein Schicksal selbst zu entscheiden und einen selbständigen, unabhängigen und demokratischen Staat aufzubauen. Sie wehrt sich deshalb gegen die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und gegen die frechen Übergriffe der Okkupanten, die der Würde der deutschen Nation ins Gesicht schlagen.

An der Spitze dieses Kampfes steht die Arbeiterklasse, die sich in außerparlamentarischen Aktionen, Streiks und Demonstrationen täglich gegen die volksfeindlichen Kriegsverträge entscheidet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands zeigt in ihrem „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ den Patrioten Westdeutschlands den Weg zu Frieden, Einheit und nationale Unabhängigkeit. Die KPD erhebt an der Spitze der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Patrioten das nationale Banner, nachdem die deutsche Großbourgeoisie die Nation ans Ausland verkauft hat und damit ihr eigenes politisches Todesurteil vor der Geschichte gesprochen hat. Die KPD fordert den Sturz des Adenauer-Regimes durch den revolutionären Kampf der deutschen Patrioten, die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung, die alle Schritte unternimmt, um West- und Ostdeutschland zu vereinigen und dem geeinten, unabhängigen und demokratischen Deutschland einen Friedensvertrag zu erkämpfen.

In einem geeinten Vaterland wird die vom Volke frei gewählte Nationalversammlung über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands souverän entscheiden, ohne die Einmischung ausländischer Imperialisten. Sie wird die Prinzipien der deutschen Außenpolitik festlegen, die der Erhaltung des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern dienen muß. Sie wird die Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch das ausländische Kapital beseitigen, die Reichtümer unseres Landes für das Volk nutzbar machen, der Friedenswirtschaft eine freie Entwicklung sichern. So wird die deutsche Nation, einig und stark, frei und unabhängig Wohlstand und Glück ihrer Bürger begründen.

Es lebe der 1. Mai - der Kampftag der Werktätigen aller Länder für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Es lebe der 1. Mai - der Kampftag aller deutschen Patrioten für ein einheitliches, unabhängiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland!

**Es lebe der Kampf der mächtigen Weltfriedensbewegung! Es lebe der Frieden zwischen den Völkern!
Nieder mit den Kriegsbrandstiftern!**